

## THESEN ZUR SOZIALEN GERECHTIGKEIT IM LEBENSWEG

### Geburt

- Ermöglichung von Familie für alle: Erlaubnis von Eizellspende und Leihmutterschaft in Deutschland mit Spenderegister und Auskunftsanspruch des Kindes (Samenspenden sind seit langem erlaubt!)
- Reform des Abstammungsrechts: Zulassung der Co-Mutterschaft und der Co-Vaterschaft ab Geburt, sodass auch homosexuelle Paare und diversgeschlechtliche Menschen gleichberechtigte Elternteile sein können

### Kindergarten und Schule

- Einführung eines staatlich finanzierten Ausbildungskontos für jedes Kind. Finanzierung aus Steuern oder aus den Mitteln einer Erbschaftsrechtsreform
- Einführung einer Kindergartenpflicht bzw. (Vor-)Schulpflicht für alle Kinder oder zumindest für Kinder, denen elementare Bildungs- und Erziehungskompetenzen fehlen (z.B. Sprachdefizite)
- Stärkere soziale Staffelung der Kindergartenbeiträge nach dem Einkommen und Vermögen der Eltern
- Aufhebung der Sprengel für Grundschulen zur stärkeren sozialen Durchmischung der Klassen
- Wahlrecht für Eltern zwischen staatlicher und privater Schule (zB durch Bildungsgutscheine)
- Ausbau des Onlineunterrichts an den Schulen, v.a. auch zur zusätzlichen Förderung von Kindern mit Förderbedarf

### Ehe und Familie

- Abschaffung des Ehegattensplittings für Neu-Ehen (Vertrauensschutz für Alt-Ehen) zur Beseitigung der Benachteiligung von Doppelverdienern und der Negativanreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Stattdessen Einführung einer die Gleichberechtigung der Ehepartner wahrende Form der Eheförderung, zB individueller Steuerfreibetrag für jeden Ehegatten

- Abschaffung der beitragsfreien Ehegattenmitversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung (Benachteiligung von Doppelverdienern und Negativanreize für Frauenerwerbstätigkeit)
- Abschaffung der Witwenrente (Negativanreize für Frauenerwerbstätigkeit)
- Förderung einer gleichen Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Mann und Frau durch steuerliche Anreize
- Reform des Erbrechts zum Zwecke einer gerechteren Verteilung von Vermögen auf alle Menschen und zur Verwirklichung des Leistungsprinzips
- Reform des § 218 StGB: Der Schwangerschaftsabbruch auf Verlangen der Frau innerhalb der ersten 12 Wochen nach Empfängnis muss rechtmäßig (und straflos) sein

### **Arbeit**

- Bürgergeld: Strengere Prüfung der Arbeitsfähigkeit und empfindlichere Sanktionen beim Missbrauch von Sozialleistungen
- Förderung der Vollzeit-Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen durch Steueranreize für Beschäftigte und Unternehmen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern
- Anspruch doppelt erwerbstätiger Eltern und erwerbstätiger Alleinerziehender auf einen Ganztags-Kinderbetreuungsplatz ab Geburt des Kindes
- Vollständige Absetzbarkeit der Kosten für Kinderbetreuung für doppelt erwerbstätige Eltern und erwerbstätige Alleinerziehende

### **Alter**

- Anhebung des Renteneintrittsalters durch Koppelung an den Anstieg der Lebenserwartung in Deutschland im Verhältnis 2:1. Dadurch wird das herkömmliche Verhältnis von Lebensarbeitszeit und Rentenbezugsdauer gewahrt und für Generationengerechtigkeit gesorgt
- Abschaffung der Rente mit 63 zur Wahrung der Generationengerechtigkeit
- Gerechtere Verteilung der Beitragslast und Steuerzuschüsse sowie der Sozialversicherungsleistungen auf Erwerbstätige und RentnerInnen in den

Sozialversicherungssystemen (Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) zur Stärkung der Generationengerechtigkeit

- Abschaffung von sozialversicherungsfreien Minijobs. Beschäftigung muss ab dem ersten Cent Lohn sozialversicherungspflichtig sein
- Bemessung des Arbeitgeberanteils am Sozialversicherungsbeitrag an der Höhe des Gewinns der Unternehmen
- Deutlicher Abstand der durch Erwerbstätigkeit erworbenen Altersrente von Sozialleistungen (Grundsicherung) im Alter (Abstandsgebot)

---